

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Besetzungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. 10. 25.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind nach dem Platz und dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen. — Anzeigenpreise sind nach dem Platz und dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 180

Mittwoch, den 5. August 1925

20. Jahrgang

### Painlevé über Probleme der französischen Politik.

Paris, 3. August. In Auteuil hat Ministerpräsident Painlevé im Laufe eines Banketts, das aus Anlaß eines Turnfestes stattfand, heute mittag eine innerpolitische Rede gehalten. Er sprach von den Schwierigkeiten, auf die er gestoßen sei, als er vor dreieinhalb Monaten die Leitung des Ministeriums übernommen habe. Die Regierung habe sofort drei Probleme zu lösen gehabt: die Stabilisierung des Frankens, die interalliierten Schulden und das Marokkoproblem. Die Regierung habe geglaubt, daß es notwendig sei, die schwebenden Schulden herabzusetzen und sie habe deshalb zu der einzigen Methode ihre Zuspätkommen genommen, die es gestatte, die eingegangenen Verpflichtungen zu halten: Sie habe einen Appell an den öffentlichen Kredit gerichtet, einen Teil der Schatzkassen zu konsolidieren. Wer sich weigere, diese Anleihe zu zeichnen, begehe einen Akt des Defätismus, der nicht entschuldigt werden könne. Der Erfolg der Anleihe sei also notwendig, und die Regierung habe die Pflicht, ihm im Augenblick alle anderen finanziellen Verpflichtungen unterzuordnen. Es handele sich hier aber nicht um einen endgültigen und reiflichen Sanierungsplan, sondern nur um eine unerläßliche Anfangsmaßnahme. Im Oktober, wenn das Ergebnis der Anleihe bekannt geworden sei, werde man die Pläne einer langfristigen finanziellen Sanierung und auch das Steuerproblem gründlich erörtern. Was die interalliierten Schulden anbetreffe, müsse man erklären, daß das Land im Bezug auf seine Außenpolitik seine vollkommene Freiheit erst wiedergewinnen werde, wenn die Frage der interalliierten Schulden geregelt sei. Die Schuldenfrage hätte während der letzten Monate des Krieges leicht gelöst werden können. Damals habe Frankreich, als eine gemeinsame Sache der Alliierten,

auf einer Prüfung bestanden, die man, nachdem der Sieg einmal errungen worden sei, nicht mehr in der gleichen Weise in Rechnung gestellt habe. Man dürfe sich nicht wundern, daß die Frage augenblicklich unter besonders undankbaren Bedingungen erörtert werde.

Ministerpräsident Painlevé ging alsdann zur Frage des Kampfes in Marokko über und erklärte, man müsse die dem französischen Einfluß unterworfenen Marokkonezonen verteidigen oder Nordafrika aufgeben und zwar unter verhängnisvollen Bedingungen. Außerdem würde das das Ende des französischen Kolonialreiches, das Ende der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Frankreichs, die ohne seine Kolonien unmöglich sei, bedeuten, schließlich aber auch das Ende des Prestiges und des Einflusses Frankreichs in der Welt. Welcher Franzose, der die Verantwortung für die Regierung übernehme, würde es also wagen können, die Räumung Marokkos anzuordnen, mit Ausnahme von jenen vertretten Menschen, die in ihren Träumen den Zusammenbruch ihres Landes und der ganzen westlichen Zivilisation erblickten und deren perverse Propaganda nicht gebudet werden könne. Wir haben, so fuhr Painlevé fort, nicht einen Tag verloren, um die Bedingungen für einen dauerhaften, gerechten und großmütigen Frieden vorzubereiten. Es hängt nun von den Risikanten ab, daß er möglich wird. Aber wir haben auch keinen Tag verloren, um die militärischen Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig werden, wenn unsere Bedingungen nicht angenommen werden. Ich habe die feste Hoffnung, daß, was auch immer kommen werde, wir spätestens bis Anfang Oktober mit unseren Sorgen in Afrika zu Ende gekommen sein werden.

### Schaffung besserer Zustände im Optantenlager Schneidemühl.

Minister Severing über die Unterbringung der aus Polen ausgewiesenen.

Der preussische Innenminister Severing erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern u. a., die Schuld an den wenig erfreulichen Zuständen im Schneidemühl Optantenlager treffe nicht die deutschen Behörden, die nicht voraussehen konnten, daß ein so starker Zustrom der Optanten nach Schneidemühl erfolgen werde, da die polnische Regierung das erforderliche Zahlenmaterial den zuständigen deutschen Stellen nicht rechtzeitig zugeleitet habe. Es würden sofort Maßnahmen ergriffen werden, um die Optanten, die den freien Beruf angeschlossen, unterzubringen; dadurch würde sich die Zahl der Lagerinsassen binnen drei Tagen auf 2000 vermindern. Der Minister erklärte weiter, daß die Unterkunft und Verpflegung im Schneidemühl verbessert werden solle u. a. durch Einrichtung eines Heimes für 500 Kinder, durch Fertigstellung von Holzbetten und Heranschaffung von 9000 Decken sowie durch Beschaffung von vier Feldküchen.

Die Feuergefahr im Flüchtlingslager wird durch eine strenge polizeiliche Feuerordnung, durch Hinwegschaffen des leichtentzündlichen Strohes aus den Räumen und durch Ausbrechen großer Spalten aus den Mauern gebannt werden. Die erkrankten Erwachsenen und Kinder werden noch im Laufe des heutigen Vormittags isoliert werden. Für ausreichendes Pflegepersonal und einen ständigen ärztlichen Dienst ist Vorkehrung getroffen. Der Minister machte hierauf einen längeren Rundgang durch das Lager, wo er von der Menge mit dem Deutschlandlied begrüßt wurde. Das Eintreffen des Ministers hat auf die Flüchtlinge sehr beruhigend gewirkt. Es ist anzunehmen, daß es dem energischen Eingreifen der Regierung gelingen wird, in kurzer Zeit menschenwürdige Zustände im Lager zu Schneidemühl herbeizuführen.

Der Reichspräsident und die vertriebenen Optanten.

Berlin, 3. August. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann und den Reichsinnenminister Schiele zum Vortrag über die Ausweisung der deutschen Optanten aus Polen, die Verpflegung der Ausgewiesenen und die im Zusammenhang hiermit noch zu treffenden Maßnahmen.

Die Deutschnationale Volkspartei hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der sie an die Reichsregierung folgende Fragen richtet: 1. Was hat die Reichsregierung getan, um die Vertreibung der deutschen Optanten aus Polen zu verhindern? 2. Was hat die Reichsregierung getan, um die Vertriebenen vor dem bittersten Elend zu bewahren? 3. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um gegebenenfalls unter Anwendung von Vergeltungsmaßnahmen die deutschen Einwohner Polens gegen weitere derartige brutale und unmenschliche, eines Kulturstaates unwürdige Zwangsmaßnahmen zu schützen?

Unglaubliche Gerüchte.

In direktem Gegensatz zu dem vom preussischen Innenminister zugesagten Hilfsmaßnahmen steht eine vom Berichterstatter eines Berliner Blattes wiedergegebene Unterredung mit einem hohen preussischen Beamten, die recht sonderbar anmutet. Der hohe Beamte soll sich ungewissenheit in dem Sinne ausgesprochen haben, daß die preussischen Behörden keine Veranlassung hätten, das Los der Ausgewiesenen so angenehm zu gestalten und ihnen damit einen längeren Aufenthalt im Lager erwünscht zu machen. Eine solche Auffassung hoher Regierungsstellen über die Flüchtlingsfürsorge wird in Schneidemühl angefaßt als doppelt skandalös empfunden. Auch dem Sonderberichterstatter der „Telegraphen-Union“ ist am Sonntag von durchaus zuverlässiger Seite ein vertraulicher Hinweis desselben Inhalts gemacht worden. Es ist anzunehmen, daß die preussische Staatsregierung diese Angelegenheit in Kürze klären wird.

Englische und amerikanische Darstellungen.

London, 3. August. Die Berichte über die Behandlung der aus Polen ausgewiesenen deutschen Optanten werden von der englischen Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgt. Die englischen Zeitungen enthalten sich zwar fast jeder Stellungnahme, drücken jedoch die Meinungen ihrer Korrespondenten in aller Ausführlichkeit ab. Der Berichterstatter der „Daily Mail“ weist auf den Gegensatz in der Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen durch Deutschland und Polen hin und spricht von einem vollkommenen Zusammenbruch der Organisation für den Empfang der aus Polen zurückkehrenden Deutschen. Des „Times“-Korrespondent

### Ein letzter Appell des Finanzministers Dr. Reinhold.

In den „Dresdner Neuesten Nachrichten“ ergreift Finanzminister Dr. Reinhold zu einem letzten Appell in zwölfster Stunde an die Reichsregierung in Sachen des Finanzausgleichs das Wort. Der Finanzminister erklärt, der Finanzausgleich in seiner jetzigen Form bedeute nach der einmütigen Auffassung der Länder eine so einseitige Veränderung der bisherigen Steuerverteilung zugunsten des Reiches, daß die Länder ihre Realsteuer, deren Abbau im Sinne der Verbilligung der Produktion auf das Dringendste zu wünschen sei, noch weiter anspannen müßten. Die großen Wirtschaftskräfte, schreibt Dr. Reinhold, die die öffentliche Meinung im Sinne der Vorlage zu beeinflussen suchen, sind deshalb vollständig im Irrtum, wenn sie von der Durchsetzung des Finanzausgleichs in der vorliegenden Form eine Ermäßigung der Steuerlast erwarten. Gerade das Gegenteil wird eintreten, und zwar wenn statt der wirtschaftlich mit vollem Rechte zu fordernde Senkung produktionsverteuernde Realsteuern, insbesondere die Gewerbesteuer, hier an der falschen Stelle der Wirtschaft neue Lasten aufgebürdet werden, die ein gerechter und wirtschaftspolitisch finanzausgleich vermeiden würde. Denn es steht nun einmal so, daß den Ländern zur Balancierung ihres Etats nur noch die Ausschöpfung der Realsteuer bleibt, d. h. die rohste und wirtschaftsfeindlichste Steuerreform, die es überhaupt gibt. Ganz anders liegen die Dinge beim Reich. Zur Balancierung des Reichsetats sind noch Reserven vorhanden, deren Heranziehung eine zwingende Notwendigkeit ist, ehe man an die produktionsverteuernden Steuern herangehen darf. Der Finanzminister protestiert dann gegen die Verallgemeinerung der Angriffe gegen die Finanzpolitik der deutschen Gemeinden und betont, daß gerade in Sachsen dem Ueberfluß gewisser vereinzelter Gemeinden die drückende Notlage anderer, vor allem größerer Arbeitergemeinden, gegenüberstehe. Nach dem bisherigen Verteilungsschlüssel des Finanzausgleichs erwächst nach Dr. Reinhold für den sächsischen Staatshaushalt ein Defizit von 40 Millionen Mark für das laufende Staatjahr. Dr. Reinhold betont schließlich noch, daß der Kampf gegen den Finanzausgleich kein Kampf gegen den Reichsgedanken sei, sondern lediglich eine Abwehr unberechtigter Forderungen seitens des Reiches. „Solange die Weimarer Verfassung die Länder bestehen läßt und ihnen für das Leben und den Wiederaufstieg unserer Nation außerordentlich wichtige Funktionen zuweist, müssen sie auch die Möglichkeit haben, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, ohne zu einer kurzfristigen und wirtschaftsfeindlichen Steuerpolitik gezwungen zu sein.“

### Die Herabsetzung der Umsatzsteuer.

Berlin, 3. August. Nach einer Meldung des „Montagpost“ haben die christlichen Gewerkschaften an die Senzentralkommission des Reichstages ein Schreiben gerich-

tet, in welchem sie die kommende Zollbelastung für die arbeitende Bevölkerung nur dann für erträglich erklären, wenn die Lebensmittel künftig von der Umsatzsteuer befreit würden. Die Reichsregierung, der das Schreiben übermittelt worden ist, soll dem genannten Blatt zufolge die Absicht haben, eine allgemeine Ermäßigung der Umsatzsteuer vom 1. Oktober ab von 1½ auf 1½ Prozent und vom 1. Januar n. J. ab eine solche auf 1 Prozent vorzunehmen. Eine sofortige Erledigung der Steuervorlage hält das Blatt wegen der notwendig gewordenen Beratungen über die Frage der Umsatzsteuer für unmöglich.

### Begnadigung der deutschen Studenten.

London, 3. August. Die „Morning Post“ meldet aus Moskau: Der Zentralrat hat der „Pravda“ zufolge die Begnadigung der zum Tode verurteilten drei deutschen Studenten zu lebenslänglichen Kerkerstrafen beschlossen. Die Veröffentlichung der Begnadigung wurde ausgesetzt, bis deutscherseits die gleiche Begnadigung für den vom Leipziger Gericht zum Tode verurteilten Russen Stobbehoff notifiziert ist.

### Entschädigung für enteignetes deutsches Eigentum in Südafrika.

Berlin, 3. August. In der südafrikanischen Proklamation 308 von 1924 war der Eustobian of Enemy Property in Pretoria ermächtigt worden, nach seinem Ermessen auch noch nach dem 31. 12. 1924 Anträge auf unmittelbare Entschädigung für die Enteignung privaten deutschen Eigentums entgegenzunehmen.

Durch eine neue Proklamation (Nr. 115 von 1925) ist bestimmt worden, daß Anträge ehemals feindlicher Staatsangehöriger nur noch zugelassen sind, wenn sie bis zum 30. 9. 1925 eingegangen sind.

### Japanischer Besuch in Hamburg.

Hamburg, 3. August. Prinz und Prinzessin Utsa, die gehen hier weilten, haben sich in Begleitung des Viscount Sohma, Oberleutnant Justiza, Prof. Inaba, Generalkonsul Kawaschima und Frau Vizekonsul Sasaka am Nachmittag nach Friedrichsruh begeben, um am Grabe Bismarcks einen Kranz niederzulegen.

### Bekämpfung der politischen Morde in Bulgarien.

Sofia, 3. August. Der bulgarische Innenminister Ruffeff hat einen Erlaß an die Behörden des ganzen Landes gerichtet zur Bekämpfung der politischen Morde. In Zukunft sind die in Frage kommenden Behörden für jeden politischen Mord verantwortlich. Die Regierung bereitet ein Gesetz zur Bekämpfung der politischen Morde durch schwere Strafen vor.